
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 4 (1976)

DOI: 10.11588/fr.1976.0.48642

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

JÜRGEN HILSHEIMER (†)

INTERESSENVERBÄNDE UND ZOLLPOLITIK
IN DEN ERSTEN JAHRZEHNEN DER DRITTEN REPUBLIK¹

Die 1860 umfassend eingeleitete liberale Zoll- und Handelspolitik überdauerte zunächst den Sturz des Zweiten Kaiserreiches. Erst die Ende der siebziger Jahre einsetzende agrarische Depression ließ nun auch auf seiten der Landwirtschaft die Befürworter einer Schutzzollpolitik anwachsen; ihr Zusammengehen mit den Vertretern traditionell protektionistischer Industriezweige erlaubte die schrittweise Rückkehr zum Schutzzollsystem. Die Zollrevisionen fanden einen Höhepunkt in dem für Jahrzehnte maßgeblichen Zolltarif von 1892, der zugleich den Endpunkt dieser zusammenfassenden Darstellung bilden soll.

Welche Rolle spielten Interessenverbände der Wirtschaft² in der Zollpolitik, welche Einflußmöglichkeiten besaßen sie, welche Mittel wurden zur Durchsetzung der Verbandsziele eingesetzt? Um diese Fragen beantworten zu können, muß zunächst auf die einzelnen Interessenverbände eingegangen werden – auf Entstehung, Zusammensetzung und innere Gliederung, ihre zollpolitischen Positionen³ und deren Motivierung, ihre Stellung zu Regierung und Parlament, ihr Verhältnis zu den Parteigruppierungen usw. Fragen dieser Art wird um so größerer Platz eingeräumt, als gerade dieser Komplex bisher recht wenig behandelt worden ist.⁴ So ist die Aufarbeitung bislang weitgehend unbekannter Tatsachen das Hauptziel dieses Aufsatzes. Die breite, vor allem auf Archivmaterial ruhende Quellenbasis ermöglichte erste Beiträge zu einer Problemgeschichte der in den ersten Jahrzehnten der Dritten Republik erfolgreich agierenden *groupes de pression* in Frankreich. Eine

¹ Der Aufsatz stützt sich überwiegend auf Material, das ich für meine Dissertation (Interessenverbände und Zollpolitik in Frankreich: Die Auseinandersetzungen um die Aufstellung des Zolltarifs von 1892, Heidelberg 1973) gesammelt habe. Der Autor, Schüler von Prof. von Albertini, ist im Oktober 1975 verstorben.

² Hierunter sollen Zusammenschlüsse verstanden werden, die auf freiwilliger Übereinkunft beruhen, direkt wirtschaftliche, bzw. soziale Interessen vertreten und deren Hauptaufgabe es ist, auf die Gesetzgebung einzuwirken. Vgl. TH. NIPPERDEY, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg; in: H.-U. WEHLER (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 369. – Nicht berücksichtigt werden allerdings auch die »Sociétés d'économie politique«, die Nahtstellen zwischen wirtschaftspolitischem Journalismus und Handel, Landwirtschaft und Industrie.

³ Wenn von Zöllen die Rede ist, sind im folgenden nur Einfuhrzölle gemeint.

⁴ Eine genaue Literaturübersicht findet sich in der genannten Dissertation, die wichtigeren Werke werden jedoch auch hier genannt.

eigentliche Thematisierung des Verhältnisses von Verbänden zu Staat, Parteien und Gesellschaft soll und kann hier nicht geliefert werden.

I

Interessenverbände der Industrie

Einige Hinweise zur Struktur des französischen Verbandswesens seien an den Anfang gestellt. Erst das Berufsverbändegesetz von 1884 hatte die bis dahin eigentlich nur geduldete Existenz der zahlreichen Verbände legalisiert.⁵ Die einzelnen Industriellen waren meist getrennt nach Branchen auf kommunaler Ebene organisiert, seltener in einem branchenübergreifenden Verband. Ebenso existierten auf regionaler wie auch auf nationaler Ebene fast ausschließlich nach Industriezweigen unterschiedene Dachverbände. Anfangs besaßen jedoch noch nicht einmal alle Zweige einen solchen Dachverband, der im übrigen keinesfalls über eine feste Organisation verfügte; die meisten der damaligen Verbände wiesen einen sehr lockeren Zusammenhalt auf und koordinierten die Interessenvertretungen innerhalb eines Industriezweiges recht schwach.

Der einzige große nationale, branchenübergreifende Dachverband der Industrie, der über einen längeren Zeitraum bestand, war die »Association de l'industrie française fondée pour la défense du travail national«. 1878 gegründet, knüpfte er schon im Namen bewußt an die »Association pour la défense du travail national« von 1846 an. Im Kampf gegen die aufstrebende freihändlerische Bewegung hatten sich damals einige aus Furcht vor der ausländischen Konkurrenz protektionistisch orientierte Industriezweige zu einem ersten überregionalen Zusammenschluß bereitgefunden.⁶ Nachdem gegen die freihändlerischen Pläne von Napoleon III. seit 1853 eine große, aber vergebliche Aktivität entfaltet worden war, verschwand der Verband im Laufe der 60er Jahre – vor allem nach dem Tod seines Präsidenten Talabot (1863) – von der Bühne. Interessengruppen einzelner Industriezweige, oft nur regionalen Umfanges, traten nun wieder sporadisch – etwa während der Wirtschaftskrise 1867/68 – hervor.

Erst 1878, nun inmitten der wirtschaftlichen Depression, schlossen sich im Hinblick auf die bevorstehende Tarifreform, bei der man für sich günstige Änderungen durchsetzen wollte, schutzzöllnerische Industriezweige erneut zu einem Dachverband zusammen. Einer der Hauptinitiatoren war Pouyer-

⁵ Ausführlich dazu P. BÉZARD-FALGAS, *Les syndicats patronaux de l'industrie métallurgique en France*, Paris 1922, S. 66 ff. S. 108 ff.

⁶ R. PRIOURET, *Origines du patronat français*, Paris 1963, S. 79 ff. und B. GILLE, *Esquisse d'une histoire du syndicalisme patronal dans l'industrie sidérurgique française*; in: *Revue d'histoire de la sidérurgie* 5 (1964), S. 209–249, S. 233 ff. Beide Darstellungen enden um 1870.

Quertier, bedeutender normannischer Baumwollspinner, Präsident der Handelskammer von Rouen, Vorkämpfer der Schutzzöllner in allen parlamentarischen Versammlungen seit 1857 und einstmals Führungsmitglied der alten »Association«.

Trotz ihres bereits in ihrer Firmierung erhobenen Anspruchs vertrat die neugegründete »Association de l'industrie française« nicht die gesamte französische Industrie, sondern nur jene Branchen, die sich auch schon in der alten »Association« vereinigt hatten: vor allem Eisen- und Stahlindustrie, Kohlebergbau, Metall- und Maschinenbauindustrie, Chemieindustrie, Baumwollspinnerei, Leinenindustrie.⁷ Es handelte sich dabei um Industriezweige, deren Repräsentanten immer wieder über ihre fundamentale Unterlegenheit (*infériorité*) hinsichtlich der Produktionsbedingungen gegenüber der ausländischen Konkurrenz klagten und deshalb einen entsprechenden Zollschatz als gerechte »Kompensation« forderten.

Die genannten Industriezweige waren in der »Association« über ihre jeweiligen Branchenverbände, über Handelskammern,⁸ sowie durch die Einzelmitgliedschaft bedeutender Firmen und Industrieller vertreten. Keinesfalls bemühte sich nur ein bestimmter Teil innerhalb dieser Industriezweige, beispielsweise nur die regional oder strukturell gesehen rückschrittliche oder dynamische Hälfte um Repräsentanz in der »Association«.⁹

Die nötigen Finanzmittel der »Association« wurden durch Mitgliederbeiträge, Spenden und größere Zuschüsse (auch jährlich von Handelskammern) aufgebracht; genauere Angaben waren jedoch nicht verfügbar.

Die weitaus stärkste Position in der Führungsspitze dieses Verbandes nahmen die Baumwollspinner und Eisenindustriellen ein. Die *maîtres de forges* stellten mit Jullien (bis 1888) und Aclocque (bis 1893) die ersten beiden Verbandspräsidenten, dann folgte mit Méline ein Vertreter der Baumwollspinnerei. Die Präsidenten des mächtigen »Comité des Forges« waren jeweils Vizepräsidenten der »Association«.

Die »Association« verfügte immer über eine Anzahl von Mitgliedern, die gleichzeitig Parlamentarier waren und oft jahrzehntelang die Verbandsinteressen vertraten. Hier wären die Baumwollspinner Pouyer-Quertier, Waddington, Feray, die Eisenindustriellen Baron Reille und Schneider und vor allem Méline, Schwiegersohn eines Baumwollfabrikanten und Vertreter des Baumwollindustriedepartments Vosges zu nennen. Untersuchen wir genauer

⁷ Association de l'industrie française . . . Assemblée générale, Paris 1886–1888, 1890, 1892, 1894.

⁸ U. a. in Rouen, Lille, Valenciennes, St. Quentin, Amiens, Epinal und Sedan. Die führenden Mitglieder dieser Handelskammern hatten oft zugleich leitende Positionen in der »Association« inne.

⁹ Dies könnte angesichts der sehr starken strukturellen Unterschiede zwischen den Produktionsgebieten, z. B. in der Eisen- und Stahlindustrie, dem Kohlebergbau und mit Einschränkungen auch in der Baumwollspinnerei vermutet werden.

den für die Ausarbeitung des Tarifs von 1892 entscheidenden Zeitraum (für die Kammer die Legislaturperiode 1889–93, für den Senat 1890–92), so ergibt sich folgendes Bild: etwa 10 »Association«-Mitglieder waren in der Kammer, 8 im Senat vertreten. Das sind relativ wenige (10 von insgesamt 567, bzw. 8 von 260), aber es ist zu berücksichtigen, daß sie nicht zuletzt dank ihrer anerkannten fachlichen Kompetenz in den wirtschaftspolitischen Parlamentskommissionen und in den *groupes parlementaires* sehr starke Positionen einnahmen und auch im Plenum große Ausstrahlungskraft besaßen. Von den 10 Verbandsmitgliedern in der Kammer waren 4 Baumwollspinnerei-Vertreter und 4 Eisenindustrielle, von den 8 Senatoren allein 5 Baumwollspinner.

Interessant ist eine Aufschlüsselung der Verbandsmitglieder im Parlament hinsichtlich ihrer politischen Richtung. Die Baumwollspinner waren fast ausnahmslos Republikaner, die *maîtres de forges* sämtlich Konservative, ein Phänomen, das auch durch die Betrachtung vorangehender Legislaturperioden bestätigt wird. Angesichts solcher Verhältnisse, verbot sich für den Verband von vornherein eine Festlegung in parteipolitischen Fragen. In einer Zeit, die durchweg von der emotional geladenen Gegensätzlichkeit *Gauche-Droite* geprägt war, war dieses um so nötiger. Obwohl die beiden ersten Verbandspräsidenten Jullien und Acloque ehemalige Deputierte der Rechten waren, obwohl noch weitere Mitglieder der Führungsspitze bekannte Anti-Republikaner waren, geriet die »Association« doch nicht in den Ruf, ein Hort von *réactionnaires* zu sein. Dies ist wohl nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, daß ihre Interessen im Parlament vor allem von profilierten republikanischen Verbandsmitgliedern vertreten wurden. Auch das Organ des Verbandes, »Le Travail national«, arbeitete sehr eng mit der unter dem Einfluß Mélines stehenden bedeutenden republikanischen Tageszeitung »La République française« zusammen.

Das hauptsächliche Betätigungsfeld der »Association« waren die Zolltariffragen. Von Beginn an lehnte man das langfristige Handelsvertragssystem mit gebundenen Zollsätzen ab und forderte ein Doppeltarifsystem. Ein »Minimumtarif« sollte Schutzzollsätze enthalten, welche die angebliche *infériorité fondamentale* gegenüber der ausländischen Konkurrenz ausgleichen sollten. Auf der Basis dieses Minimumtarifs könnten dann Handelsabkommen geschlossen werden, allerdings nur mit Staaten, die entsprechende Zugeständnisse (Meistbegünstigung u. a.) gewährten. Die Zollsätze dürften bei Verhandlungen nicht von der Regierung unterschritten werden. Auch sollten die Zollsätze nicht für einen bestimmten Zeitraum in den Abkommen gebunden sein, damit das Parlament jederzeit, wenn es die *défense du travail national* erfordere, die Sätze anheben könnte. Frankreich bliebe so *maître de ses tarifs*, und den Produzenten wäre damit die nötige *sécurité* gegeben. Der »Maximumtarif« sollte auf die Staaten angewendet werden, die Frankreich nicht entsprechende Zugeständnisse machen würden. Die Zollsätze hätten erheb-

lich über denen des Minimumtarifs zu liegen, um auf das Ausland Druck auszuüben. Es war dieses Tarifsystern, das im Prinzip 1892 in Frankreich eingeführt wurde.

Eine zweite Forderung der »Association« war die Zollassimilierung der französischen Kolonien. Der Verband verlangte besonders im Interesse der Baumwollindustrie die Reservierung des Kolonialmarktes. Mit Erfolg: schon in den 80er Jahren und endgültig 1892 wurde dem Rechnung getragen.

Die »Association« führte eine geschickte Propaganda, um ihre eigenen Ziele gegenüber Öffentlichkeit und Parlament zu rechtfertigen. Die Agitation lief hauptsächlich über die Presse. Oft wurden auch die dem Verband nahestehenden Handelskammern eingeschaltet. Im Gegensatz zu den Agrarverbänden und zu den anti-protektionistischen »Kampfverbänden« der Industrie wurden Massenversammlungen oder riesige Unterschriftenaktionen nur vereinzelt durchgeführt. Da die »Association« selbst nicht über eine Massenbasis verfüge, hätte sie sich an die Arbeiterschaft wenden müssen, wovon sie zurückschreckte, solange es nicht unbedingt nötig erschien.

Mit Hilfe des allseits bei Schutzzöllnern beliebten Slogans der »Verteidigung der nationalen Arbeit« (*défense du travail national*) sollte suggeriert werden, daß der Protektionismus dem Gemeinwohl diene, die verbandsspezifischen Ziele mit den wahren Interessen der Gesamtheit identisch seien. Die »Association«-Protektionisten gaben sich als Verteidiger der Arbeiterschaft aus, indem sie durch Schutzzölle angeblich deren Arbeitsplätze und Löhne sichern wollten. Méline: *Car il faut que les ouvriers le sachent bien, les tarifs de douane sont la clé-de-voûte de leurs salaires. Pour relever les salaires, il faut pouvoir relever la valeur des produits, et c'est celle des produits étrangers qui la règle sur notre marché.*¹⁰

Der Verband eines Industriezweiges erlangte besondere Bedeutung: der »Comité des Forges de France«, die Vertretung der Eisen- und Stahlindustrie. Nach jahrzehntelanger Existenz in verschiedenen Formen und wechselnden Bezeichnungen wurde der Verband 1864 offiziell konstituiert und 1887/88 reorganisiert. In dem »Comité des Forges« waren 3/4 aller Eisen- und Stahlproduzenten Frankreichs vertreten.¹¹ Die Führungsspitze wurde nach Regionen gewählt, um den starken Strukturunterschieden zwischen den Produktionsgebieten Rechnung zu tragen. Eine der aktivsten Epochen des Verbands fiel unter die Präsidentschaft von Baron Reille (1890–98). Zu den Vizepräsidenten zählten Schneider (-Creusot) und de Wendel. Betrachtet man die Angehörigen der Führungsspitze unter parteipolitischem Aspekt, zeigt sich die bereits erwähnte eindeutig konservative Ausrichtung der *maîtres de forges*. Doch verfügte der Verband auch über republikanische Für-

¹⁰ La République française, 11. 9. 1889.

¹¹ La Sidérurgie française 1864–1914; ouvrage publié par le Comité des Forges de France, Paris o. J., S. 446.

sprecher im Parlament (gerade aus dem Osten). Die Bedeutung des »Comité des Forges« resultierte nicht allein daraus, daß in ihm ein wichtiger Industriezweig fast völlig repräsentiert war, sondern auch aus seiner engen Verflechtung mit dem Dachverband des Kohlebergbaus, dem »Comité central des houillères de France«, der 1887 unter Beteiligung führender »Comité des Forges«-Mitglieder gebildet worden war.¹² Zudem bestanden vielfältige Verbindungen mit der Rüstungsindustrie.¹³

Ob Produktions- und Preisabsprachen – wie etwa im engeren Rahmen beim »Comptoir métallurgique de Longwy« – national auf Verbandsebene über erste Versuche hinausgediehen sind, ist zumindest bis in die 90er Jahre hinein zweifelhaft.¹⁴ Neben der Sozialgesetzgebung stand die Zollpolitik im Mittelpunkt. In der Öffentlichkeit trat dabei der »Comité« – der traditionell hochprotektionistisch eingestellt war – mit keiner lautstarken Agitation hervor. Als Sprachrohr benutzte er hauptsächlich die »Association de l'industrie«, in der der »Comité« die erwähnte starke Position besaß.

Bei der Einflußnahme im Parlament gelang es dem »Comité«, die damalige Stimmung geschickt auszunutzen, indem er den verteidigungspolitischen Aspekt der Eisen- und Stahlindustrie in den Vordergrund rückte. Es zeigte sich in Zolldebatten immer wieder, daß der Hinweis auf etwaige Konsequenzen für die nationale Verteidigung genügte, um eine Mehrheit der Parlamentarier für die schutzzöllnerischen Verbandsforderungen zu gewinnen.

Obwohl die »Association de l'industrie« den bereits in ihrem Namen erhobenen Anspruch durch ihr Auftreten als *organe autorisé de tous les intérêts industriels de la France* immer wieder unterstrich,¹⁵ waren ganze Industriezweige nicht in ihr vertreten. Diese wehrten sich offen gegen deren Repräsentationsanspruch. Zu den sehr wichtigen Industriezweigen, die nicht der »Association« angehörten, zählten die Seidenindustrie, Wollindustrie, *articles-de-Paris*-Fabrikation, Lederindustrie, Konfektions- und Wäscheindustrie, Schmuckfabrikation, Champagner- und Cognacherstellung u. a., sämtliche Industriezweige, die sehr exportorientiert waren¹⁶ und so von der liberalen Zoll- und Handelspolitik begünstigt wurden. Das System langfristiger Han-

¹² Le Travail national, 1. 5. 1887.

¹³ PRIOURET (wie Anm. 6), S. 231.

¹⁴ Die im »Comptoir métallurgique de Longwy« zusammengeschlossenen Werke der Départements Meurthe-et-Moselle und Meuse erzeugten 1889 allein 35 Prozent der französischen Roheisenproduktion. Der »Comptoir«, der das Verkaufsmonopol für die angeschlossenen Betriebe besaß, legte im Interesse der Preisstabilität die Produktionsmenge des für den Inlandsmarkt bestimmten Roheisens fest. In den Zolldebatten wurde der »Comptoir« oft heftig angegriffen.

¹⁵ Le Travail national, 14./21./28. 12. 1890.

¹⁶ Tableau décennal du commerce de la France avec ses colonies et les puissances étrangères, 1877–1886, Paris 1888, und 1887–1896, Paris 1898, passim. Siehe auch: Ministère du Commerce, Conseil supérieur du commerce et de l'industrie. Enquête sur le régime douanier, 2 Bde., Paris 1890, passim (enthält eine Fülle von, auch rückblickenden Angaben).

delsverträge schien ihnen, da die hierin gebundenen Zollsätze nachträglichen Eingriffen weitgehend entzogen waren, die Stabilität zu gewähren, die für eine Sicherung der Exportmärkte auf lange Sicht am besten geeignet war.

Diese bedeutenden Industrien waren – nach Branchen getrennt – meist nur auf lokaler, selten auf nationaler Ebene in Verbänden organisiert. Ein Dachverband – etwa als Gegenstück zur »Association de l'industrie« – fehlte. Als Sprachrohr dieser Industriezweige dienten meist die jeweiligen Handelskammern (in deren Führung man zusammen mit gleichgesinnten Vertretern von Großhandel und Banken oft die Mehrheit besaß), die den Kontakt zu den bis 1890 eher freihändlerisch denkenden Regierungen herstellten.

Erst wenn angesichts unmittelbar bevorstehender Tarifreformen die Bedrohung durch protektionistische Forderungen ganz real geworden war, sahen sich die Vertreter dieser Industriezweige zu einer effektiveren Organisation ihrer Interessenverteidigung veranlaßt. Man mußte nun eine umfassende, kompromißlose Agitation führen, was im Rahmen der Handelskammern nicht möglich schien, einmal wegen deren pluralistischer Struktur, die immer die Gefahr von Interessendifferenzen barg, besonders aber angesichts deren öffentlich-rechtlichen Charakters, der eine gewisse Zurückhaltung und Rücksichtnahme verlangte. Die bereits bestehenden patronalen Verbände, die oft noch innerhalb eines Industriezweiges aufgesplittert waren, wollten diese Rolle nicht übernehmen. So erschien es nicht nur einfacher, eine neue, in Zielsetzung und Dauer klar definierte »Kampforganisation« zur Verteidigung eines oder mehrerer Industriezweige zu bilden, als in langen Verhandlungen erst eine Fusion der existierenden Verbände oder die Gründung eines neuen, auf Dauer angelegten Verbandes durchzuführen, sondern auch zweckmäßiger: auf diese Weise blieben die bereits bestehenden Verbände in ihrem übrigen Tätigkeitsbereich unberührt und unbelastet.

Die Kampforganisationen waren meist nur für die Dauer der jeweiligen Tarifaufeinandersetzungen konzipiert und verschwanden danach rasch. Besonders viele solcher *Comités de défense* oder *Ligues* entstanden während der Zolltarifkampagne 1890–91. Die betreffenden Handelskammern förderten tatkräftig deren Bildung, unterstützten sie auch finanziell,¹⁷ tasteten aber nicht deren formale Unabhängigkeit an, weil sie noch eine parallele, quasi offizielle Kampagne führen wollten. Finanzielle Zuschüsse für die »Comités« leisteten sogar Gemeinderäte, die die Verteidigung der heimischen Wirtschaftszweige mit Blick auf die betroffenen Arbeiter als soziale Notwendigkeit ansahen.¹⁸ Auch *Conseils généraux* und Präfekten unterstützten, wenn

¹⁷ Archives de la Chambre de Commerce de Lyon, Procès-verbaux, 15. 10. 1891 (2.000 Frs.). Dass., Calais, Procès-verbaux des séances, 17. 10. 1891 (2.500 Frs.). Chambre de Commerce de Marseille, Compte-rendu des travaux pendant l'année 1890, S. 313 (2.000 Frs.).

¹⁸ Conseils municipaux de Calais (2.500 Frs.); in: Arch. Ch. de C. de Calais, dossier no. VIII, 913; und von Nizza; in: La Liberté économique (Beilage zu den Annales économiques, Jg. 1891), S. 21 f.

auch weniger finanziell, oft tatkräftig die Agitation der »Comités«. Den Großteil der nötigen Geldmittel stellten die betreffenden Industriellen selbst zur Verfügung, teils durch Subskriptionen, teils durch vereinbarte Beiträge, teils auch durch regelrechte Umlagen (z. B. 5 Centimes pro Kilogramm verarbeiteten Rohstoffs).¹⁹

Zuerst waren diese »Kampforganisationen« nur nach Industriezweigen getrennt gebildet und regional begrenzt. Mitte 1890 vereinigten sich dann zum ersten Mal die lokalen »Comités« der Seidenindustriezentren Lyon, St. Etienne, St. Chamond, Calais und der Wollindustriezentren Roubaix, Tourcoing, Fourmies, Paris, Reims zu einem ersten branchenübergreifenden nationalen Dachverband, dem »Comité central des industries nationales de la soie et de la laine«. Präsident wurde der Pariser Deputierte Berger, eine dem Wirtschaftsleben – nicht zuletzt als ehemaliger Kommissar der Weltausstellung von 1889 – eng verbundene Persönlichkeit mit weitreichenden Beziehungen. Die neue Organisation wurde mit erheblichen Geldmitteln ausgestattet.²⁰ Nur für einen begrenzten Zeitraum gebildet (Tarifkampagne 1890–92) und in seiner Zielsetzung ganz beschränkt (Kampf für die Zollfreiheit der Rohstoffe Seide und Wolle), war dieser »Comité central« allerdings nicht mit einem Verband wie der »Association de l'industrie« zu vergleichen.

Im November 1890 konstituierte sich dann ein Dachverband für alle bestehenden anti-schutzzöllnerischen »Comités«: die »Union pour la franchise des matières premières et pour la défense de l'exportation«.²¹ Es waren hier vereinigt der »Comité central« sowie die einzelnen »Comités« der Seide- und Wollindustrie, die Organisationen der Tüll- und Spitzenindustrie von Calais, der Baumwollweberei von Roanne, der gesamten Lederindustrie, sowie des Import-Exportgroßhandels und einzelner Industriezweige von Marseille, Bordeaux, Paris und anderen Städten. Die Anregung zur Bildung des Verbandes ging von profilierten Antiprotektionisten im Parlament aus, vor allem von Aynard (Lyon), Poirrier (Paris) und Charles-Roux (Marseille), die zugleich als führende Vertreter der jeweiligen Handelskammern in den betroffenen Wirtschaftszweigen engagiert waren und nun in der entscheidenden Phase der parlamentarischen Auseinandersetzungen um den 1892-Tarif Rückendeckung durch eine verstärkte Agitationstätigkeit wünschten.

Der Aktionsradius des Verbandes wurde begrenzt auf die Förderung von Neugründungen anti-schutzzöllnerischer Kampforganisationen sowie auf die Durchführung einer Pressekampagne, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren, damit diese Druck auf das Parlament ausübe. Präsident des Verbandes

¹⁹ Bulletin des soies et des soieries de Lyon, 19. 4. 1890.

²⁰ Allein von Juni bis November 1890 wurden mehr als 90.000 Frs. ausgegeben; vgl. Arch. Ch. de C. Calais, dossier no. VIII, 913.

²¹ Le Temps, 7. 11. 1890. La Liberté économique, S. 10ff. Arch. Ch. de C. Calais, dossier no. VIII, 913.

wurde der bereits erwähnte Berger, Generalsekretär Chailley, Redakteur des traditionell freihändlerischen »Journal des Débats«, der auch seine Verbindungen zur Presse wirksam werden ließ. Der Verband ließ in 16 Pariser Tageszeitungen monatelang ab Januar 1891 mehrmals pro Woche 15–20 Zeilen lange anti-protektionistische Artikel drucken und förderte Wirtschaftszeitungen, bzw. rief neue ins Leben.²² Dies alles war nur mit einem hohen Geldeinsatz zu erreichen,²³ den die angeschlossenen Organisationen aufbringen mußten. Da diesen aber ausdrücklich ihre völlige Unabhängigkeit zugesichert worden war, blieb es auch in ihrem Ermessen, wieviel Geld sie dem Dachverband zur Verfügung stellten. Die »Comités« zur Verteidigung der Rohstofffreiheit der mächtigen Seide-, Wolle- und Lederindustrie gaben stets die weitaus höchsten Beträge²⁴ und erlangten so entscheidenden Einfluß innerhalb der »Union«. Es kam schnell zu Unstimmigkeiten, da diese Rohstoff-»Comités« in anderen Fragen einen gemäßigten Kurs steuern wollten und Wünsche einzelner Mitgliedsverbände nach weitergehender antischutzzöllnerischer Kampagne ablehnten. Von einem solidarischen Verhalten der in der »Union« vertretenen Verbände kann also nicht die Rede sein. Mitgliedsverbände, die ihr Agitationsziel erreicht glaubten, stellten – wie die »Comités« für Rohstofffreiheit – später ihre Beitragszahlungen nahezu ein und verurteilten so den Dachverband zu einem Schattendasein. Bereits nach weniger als einem Jahr war die »Union« wieder in der Versenkung verschwunden und blieb dort auch trotz sporadischer Aufrufe zur Neuformierung.²⁵ Der Charakter eines nur für einen begrenzten Zeitraum aktiven »Kampfverbandes« mit überaus loser Organisationsform (denn nur so war es möglich gewesen, Branchenverbände mit den unterschiedlichsten Akzenten in ihrer anti-schutzzöllnerischen Haltung zusammenzubringen) unterschied die »Union« von dem protektionistischen Dachverband »Association de l'industrie«, der in langjähriger kämpferischer Tradition zu einer beachtlichen Einheit unter Führung tatkräftiger Präsidenten zusammengewachsen war.

Wie stand es um die Interessenvertretung dieser anti-schutzzöllnerischen Organisationen im Parlament? Es waren nur recht wenig Parlamentarier Mitglieder dieser »Kampfverbände«, doch traten etliche Abgeordnete als deren eifrige Fürsprecher auf. Dabei handelte es sich meist um alle Deputierten jener Wirtschaftszentren, in denen diese »Kampfverbände« tätig waren. Par-

²² Die schon mehrfach genannte Beilage »La Liberté économique« und »Monde économique«, im Januar 1891 gegründet.

²³ Nur einige Tageszeitungen wie Le Temps und Le Journal des Débats sollen ihre Unterstützung kostenlos gegeben haben.

²⁴ Das »Comité central« gab 24.000 Frs., das »Comité de défense de l'industrie des cuirs et peaux« 25.000 Frs., das »Comité de Marseille« 12.000 Frs.

²⁵ Vgl. den Aufruf zu einer Neugruppierung (mit Schwergewicht auf den Handelsinteressen) vom Januar 1892.

teipolitisch gesehen waren die Interessenvertreter der anti-protektionistischen Organisationen im Parlament fast ausnahmslos Republikaner.²⁶

Mit welchen Parolen wurde die Agitation geführt? Um die öffentliche Meinung zu mobilisieren, wurden die *intérêts généraux du pays* vorgeschoben. Um die allgemein negative Wirkung des Schutzzollsystems hervorzuheben, wurde die *défense du consommateur* als Propagandaparole benutzt. Derjenige Slogan, der immer mehr in den Mittelpunkt trat, war *la défense de l'ouvrier*. Schutzzölle – vor allem auf Rohstoffe für die Industrie – würden die Arbeitsplätze bedrohen. Den Protektionisten wurde so das Monopol der *défense du travail national* genommen, zumal die anti-protektionistischen »Comités« bemüht waren, an Hand von riesigen Unterschriftenaktionen, Massenversammlungen und Demonstrationen eine *solidarité patron-ouvrier* in der Zollfrage zu dokumentieren und damit nach anfänglichen Erfolgen Parlament und Regierung beeindruckten.

An dieser Stelle muß auf die Rolle der Arbeitervertretungen in den Zollauseinandersetzungen eingegangen werden. Die Arbeiterorganisationen – bis in die 90er Jahre übrigens noch relativ schwach entwickelt – wurden meist erst dann aktiv, wenn die Zolldiskussionen in das entscheidende Stadium traten. Eine kontinuierliche und langfristige Agitation fehlte, weil andere Fragen (Arbeitszeit, Löhne, Arbeitsschutz etc.) zu sehr im Vordergrund standen. Auch wurde nur ein Teil der Arbeitersyndikate tätig. In den schutzzöllnerisch orientierten Industriezweigen ließ sich kaum eine spontane Aktivität der Arbeiterverbände in diesem Zeitraum feststellen. Wahrscheinlich sahen die Arbeiter hier – trotz der ewigen Beteuerungen ihrer Patrons – keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Schutzzollforderungen und ihren Arbeitsplätzen und Löhnen. Zudem bemühten sich die protektionistischen Patrons ihrerseits erst dann um eine Mobilisierung ihrer Arbeiterschaft, wenn alle anderen Mittel der Agitation erfolglos geblieben waren.²⁷

In Bereichen anti-protektionistischer Industriezweige, besonders in solchen, die – stark auf den Export ausgerichtet – von Rohstoffzöllen in ihrer Existenz bedroht wurden, wie die Seidenindustrie, Tüll- und Spitzenfabrikation, Lederindustrie, Öl-, Seifen- und Kerzenfabrikation, Baumwollweberei von Roanne etc. erkannten die Arbeitersyndikate, daß Arbeitsplätze durch Zollfragen tatsächlich in Gefahr waren. Hier kam es zu spontanen anti-schutzzöllnerischen Aktionen von Arbeiterverbänden. Meist wurde das Angebot des Patronats, das sich in der Stunde höchster Gefahr um die Arbeiterschaft zu bemühen vorgab, zu einer gemeinsamen Agitation angenommen. Die *solidarité patron-ouvrier* war damit augenfällig. Dennoch darf nicht

²⁶ Die Hochburgen der anti-protektionistischen Wirtschaftszweige wie Lyon, Marseille, Paris, Le Havre u. a. wählten überwiegend republikanisch.

²⁷ Vgl. die großangelegten Unterschriftenaktionen der Arbeiter in der Eisenindustrie (1890) und in der Baumwollspinnerei der Normandie (1891).

übersehen werden, daß die vom Patronat aufgebaute *solidarité* von den Arbeitervertretern meist ganz nüchtern gesehen wurde: nur in dieser Zollfrage und nur für diesen Augenblick wußten sie sich mit den Patrons einig. Die Vordergründigkeit des Bemühens um die Arbeiterschaft seitens eines Patronats, das systematisch staatliche Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft ablehnte, wurde nicht übersehen.²⁸ Oft agitierten Arbeitervertretungen in der Rohstoffzoll-Frage aber auch allein, unabhängig vom Patronat, wobei dieses von Fall zu Fall verschiedene Gründe hatte.²⁹ Die Industriellen lehnten solche selbständigen Arbeiteraktionen (auch wenn sie genau dasselbe Ziel verfolgten) meist ab. Aus Furcht, daß hier anti-patronale Tendenzen allgemein mit ins Spiel kämen, bemühten sich die »Comités« immer, die Agitation auf dem Arbeitersektor in der Hand zu behalten.

Gegen Zölle auf Nahrungsmittel waren immer wieder spontane Aktionen von Arbeiterverbänden festzustellen. Sie blieben meist jedoch sporadisch und fanden nur in wenigen Ballungszentren – typischerweise in den freihändlerischen Hochburgen, weniger im *nord protectionniste*, Lille, Rouen etc. – statt.³⁰ Besonders die Verbände des Import-Exportgroßhandels bemühten sich um ein gemeinsames Vorgehen, jedoch nur hin und wieder mit sichtbarem Erfolg.³¹

Relativ spät, dann aber mit großem Einsatz, wurde der zu jener Zeit allerdings noch schwache *Parti ouvrier* (Guesde, Lafargue etc.) in der Frage der Nahrungsmittelzölle aktiv. Charakteristisch für dessen anti-protektionistische Agitation war seine Verflechtung mit anderen politischen Fragen und sein polemischer Ton, der bei den meisten Aktionen der Arbeiterverbände gefehlt hat.

Insgesamt gesehen, ist die Rolle der Arbeitervertretungen in den Zollaussinandersetzungen nicht zu unterschätzen, gerade für den Zeitraum 1890–91, doch fehlte es – zumal wenn die Agitation unabhängig vom Patronat geführt wurde – an Koordination und Kontinuität (was am Entwicklungsstand der organisierten Arbeiterschaft und an der unbestrittenen Priorität anderer Probleme lag). Den sporadischen und auf wenige Hochburgen beschränkten Aktionen mangelte es dann an Durchschlagkraft gegenüber einer jede eigenständige Arbeiteraktivität ablehnenden, breiten Öffentlichkeit, Parlament und Regierung.

²⁸ Le Temps, 28. 4. 1891. La Liberté économique, S. 354.

²⁹ Teils geschah dies aus Spontaneität, teils aus prinzipiellen Erwägungen, weil man dem Patronat gegenüber unabhängig bleiben wollte, teils auch, weil in anderen Zollfragen Divergenzen mit dem Patronat bestanden.

³⁰ Im freihändlerischen Klima wurden solche Aktionen gefördert, von den Patrons noch teilweise gebilligt oder unterstützt.

³¹ Unter anderem in Lyon, wo die »Union française des associations populaires des travailleurs et consommateurs« 1891 1.300 Frs. Zuschüsse von der Handelskammer bekam sowie in Marseille und Bordeaux, ebenfalls 1891.

II

Interessenverbände des Import- und Exporthandels

Der Import-Exportgroßhandel in den Hafenstädten und Industriezentren war zumeist nur auf kommunaler Ebene organisiert. Die Verbindung zu Öffentlichkeit und Staatsorganen lief fast ausschließlich über die jeweiligen Handelskammern, in denen der Handel zusammen mit Reedern, Bankiers etc. meist recht gut repräsentiert war. Die einzige Organisation auf nationaler Ebene von längerer Dauer war die »Société d'encouragement pour le commerce français d'exportation«. 1884 unter der Patronage der Pariser Handelskammer gegründet, von bedeutenden Kammern getragen, war deren Hauptaufgabe die Förderung von Ausbildung, Missionen und Niederlassung französischer Kaufleute im Ausland. Sie spielte also nicht die Rolle eines nationalen Dachverbandes des Import-Exporthandels. In der Zollfrage wurde sie allerdings nach 1890 sehr aktiv.

Die Import-Exporthändler, Kommissionäre etc. waren naturgemäß seit jeher gegen eine protektionistische Zollpolitik eingestellt, da sie von ihr die Schwächung ihrer Erwerbsquelle befürchteten. Das liberale Handelssystem nach 1860, das eine große Steigerung des Außenhandels mit sich gebracht hatte, entsprach ganz ihren Vorstellungen. Maßgebliche Bankkreise waren ebenfalls im Kommissionsgeschäft und in der Import-Export-Finanzierung engagiert; die berühmte »Haute Banque« wurde so von protektionistischer Seite oft polemisch als die eigentliche Stütze des Freihandels hingestellt.³² Dabei ist auffällig, daß die Banken aus Rücksicht auf eventuell gegenteilige Orientierung ihrer Kunden immer äußerst diskret in Zollauseinandersetzungen auftraten, ja die »Union des Banquiers« 1890 beispielsweise die offizielle Neutralität verkündete,³³ was jedoch bekannte Bankiers nicht hinderte, in anti-protektionistischen Kampfverbänden mitzuwirken.

Die Import-Exporthändler, Finanziere usw. waren sehr rührig in der Bildung solcher »Kampforganisationen«, deren Entstehungsgründe, Bildung, Charakter und Aufbau denen der freihändlerischen Industrie ähnelten. In starkem Maße wurden sie dabei von renommierten freihändlerischen *économistes*³⁴ unterstützt, die in diesen Organisationen dann oft führende Positio-

³² Discours prononcé par M. Méline, député, Président de l'Association de l'Industrie française le 19 mai 1893 au Palais des Consuls à Rouen, Rouen 1893, S. 19f. Vgl. La Croix, 1. 5. 1891; Le Travail national, 22. 3. 1891.

³³ Arch. Ch. de C. Paris, Procès-verbaux des séances, 16. 4. 1890.

³⁴ Sie beherrschten damals eindeutig die akademische Szene. Eine bedeutende Ausnahme war Paul Cauwès, Präsident der 1897 gegründeten protektionistischen »Société d'économie politique nationale«. Die großen Wirtschaftszeitschriften waren alle freihändlerisch: Le Journal des Economistes, L'économiste français u. a., selbst die Anhänger der *Nouvelle école* um Charles Gide (Revue d'économie politique) waren bei allen Unterschieden zur klassischen Freihandelsdoktrin Gegner des damaligen Schutzzollsystems. Ein Bindeglied der *économistes* zu den *hommes d'af-*

nen einnahmen. Im Unterschied zu den erwähnten Industrie-»Comités« fehlte hier das geschlossene Engagement ganzer Industriezweige. Beschränkte sich bei den Industrie-»Comités« der anti-protektionistische Kampf meist auf einen ganz begrenzten Sektor (Rohstofffreiheit u. a.), so stand bei diesen Organisationen zwar der Kampf gegen Nahrungsmittelzölle im Mittelpunkt, doch war die Agitation im Interesse des gesamten Außenhandels weit genereller und oft auch polemischer.

Die Finanzierung kam durch recht geringe Mitgliedsbeiträge (z. B. 10 F pro Jahr)³⁵ zustande, sowie durch Spenden und Subskriptionen, die wohl mehr Geld erbracht haben mögen. Geführt wurde die Agitation fast ausschließlich unter der Parole der *défense du consommateur*, im Zeichen der steigenden Bedeutung der Arbeiterschaft akzentuiert als *défense du pain du pauvre*. Das Schutzzollsystem wurde so als *anti-démocratique* gebrandmarkt.

Die Import-Exporthändler, Kommissionäre etc. hielten es für ratsam, die Interessen des Konsumenten vorzuschieben. So nannten Bordelaiser Großkaufleute im Juli 1890 ihren Kampfverband »Ligue des consommateurs contre le renchérissement de tous les objets nécessaires à la vie«.³⁶ Denn es existierte damals eine verbreitete Aversion gegen Zwischenhändler, Kommissionäre, Importeure usw., die von Agrariern, darunter vor allem von katholischen Kreisen,³⁷ Protektionisten allgemein, besonders Méline,³⁸ geschürt wurde: sie, die Gegner von Schutzzollmaßnahmen, seien »Parasiten«, die *maîtres des prix*, würden den ganzen Profit auf Kosten der Produzenten einstreichen und paßten nicht in die protektionistische *producteur*-Ideologie, in der der Produktionsfaktor *travail humain* die entscheidende Rolle spielte.

Als typische Beispiele großer anti-protektionistischer Kampfverbände (nur für den Zeitraum der jeweiligen Tarifikampagne gebildet) auf nationaler Ebene seien genannt: die »Association pour la défense de la liberté commerciale et industrielle«, im Juli 1878 im Hinblick auf die 1881er-Tarifreform zur Gegenwehr gegen die protektionistischen Tendenzen gegründet. Die hier klar dominierenden Großhändler und Finanziers (Präsident war d'Eichthal, sein Stellvertreter Henry Fould) schoben bekannte *économistes* wie Garnier,

faïres stellten die angesehenen »Sociétés d'économie politique« in Paris, Lyon, Marseille, Bordeaux u. a. Orten dar. Diese Gesellschaften waren sehr aktiv in der Freihandelskampagne beteiligt.

³⁵ Zehn Francs bei der »Association pour la défense de la liberté commerciale« von 1878, zwölf Francs bei der »Ligue contre les droits sur le blé« im Jahr 1887.

³⁶ *Revue économique de Bordeaux* (1890), S. 258.

³⁷ Oft mit antisemitischem Unterton; vgl. *La Croix*, 13. 5. 1891 und E. DEUSY, *Du rôle des syndicats agricoles et des unions régionales*, Bapaume 1892, S. 9.

³⁸ *Le Travail national*, 10./24. 6. 1888, 28. 12. 1890, 10. 5. 1891 J. Domergue, *La comédie libre-échangiste*, Paris 1891, S. 168, S. 220. J. Méline; in: *Le Temps*, 30. 1. 1890. Ders.; in: *Annales de la Chambre des Députés, Documents*, 1891, Bd. 1, S. 550f.

Michel Chevalier und Jules Simon in führende Positionen vor.³⁹ Die »Ligue nationale contre le renchérissement du pain et de la viande« (1884/85) und die »Ligue contre les droits sur le blé et la viande« (1887) wurden jeweils für den Kampf gegen die Zollvorschläge auf Vieh/Fleisch und Getreide gebildet.⁴⁰ Auffällig ist bei diesen beiden »Ligues« das starke Engagement von Parlamentariern, die den überwiegenden Teil der Mitglieder der Führungsgremien stellten. Sie kamen – meist selbst *hommes d'affaires* – vor allem aus den Hochburgen Paris, Marseille, Lyon, Bordeaux und waren ausnahmslos Republikaner, bei der »Ligue« von 1887 sogar um einige Vertreter der Linken erweitert. An der Spitze der »Ligue« von 1884/85 stand mit Léon Say eine führende Persönlichkeit des Freihandels.⁴¹ Präsident der »Ligue« von 1887 war der Präsident der Bordelaiser Handelskammer, der Deputierte Lalande.

Für den Zeitraum der Auseinandersetzungen um den Zolltarif von 1892 wurden dann ebenfalls etliche solcher Kampfverbände gebildet, in Bordeaux (»Ligue pour la défense du commerce d'exportation et d'importation«, 1890, und »Ligue des consommateurs contre le renchérissement . . .«), in Marseille (»Comité des intérêts commerciaux, industriels et maritimes de Marseille«, Oktober 1890), in Nizza (»Association pour la défense des intérêts commerciaux des Alpes-Maritimes«), in Paris im November 1890 der »Comité de défense de l'exportation française«, in enger personeller Verflechtung mit der Pariser Handelskammer, im Juli 1891 der »Comité de défense de l'alimentation nationale« unter Beteiligung renommierter »économistes«, u. a. Oft hatten diese Organisationen Anspruch auf überregionale Geltung. Eine gemeinsame Plattform mit den Industrie-»Comités« wurde – allerdings nur für einen kurzen Zeitraum – in der erwähnten »Union pour la franchise des matières premières et pour la défense de l'exportation« gefunden.

III

Interessenverbände der Landwirtschaft⁴²

Die meist auf kommunaler bzw. regionaler Ebene bestehenden »Comices agricoles« und »Sociétés d'agriculture« (beide vom Staat subventioniert) hatten nur einen ganz beschränkten Aufgabenbereich (Wettbewerbe, Preisver-

³⁹ Le Journal des Economistes, Juli 1878, S. 120ff.

⁴⁰ Ebd., Nov./Dez. 1884, S. 345 und S. 460ff.; Feb./Apr. 1885, S. 157ff. und S. 252ff.; April 1887, S. 119f. Auf regionaler Ebene existierten 1884/5 ähnliche »Ligues« in Bordeaux, Marseille und Paris.

⁴¹ Der Enkel J. B. SAYS, selbst Mitglied der »Académie«, Präsident der doktrinär freihändlerischen »Société d'économie politique«, mit engen Beziehungen zu Rothschild, Senator und ehemaliger Minister.

⁴² Die Interessenverbände der Landwirtschaft wurden im Gegensatz zu denen von Industrie und Handel in einigen Untersuchungen neueren Datums behandelt. Siehe M. AUGÉ-LARIBÉ, La

teilungen). Erst die nach dem Gesetz von 1884 entstandenen *syndicats agricoles* erlangten als Berufsverbände der Landwirte (u. a. auch gemeinsamer An- und Verkauf, Maschinenausleihe) größere Bedeutung. In den Zollaussinandersetzungen bezogen alle diese Verbände Stellung.

Auf nationaler Ebene bestand die »Société nationale d'agriculture de France«, eine offizielle staatliche Organisation, in deren sehr begrenztem Mitgliederkreis die alte agrarische Honoratiorenschicht sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit agrarischer Neigung dominierten.⁴³ Zum Aufgabenbereich der »Société« gehörten die Diskussionen über agrartechnische Fragen sowie Prämierungen. In ihrem Charakter schon immer akademisch, wurde sie später zur »Académie de l'Agriculture« erhoben. In diesem Sinne sind die vereinzelt Erörterungen von Zollfragen hinsichtlich Wirkung und Einfluß zu bewerten. *La Société nationale d'agriculture de France n'a pas d'action; d'ailleurs elle refuse d'agir.*⁴⁴

Der damals mächtigste Interessenverband der Landwirtschaft war die »Société des Agriculteurs de France«. Sie besteht heute noch, allerdings mit stark veränderter Bedeutung.⁴⁵ 1867 wurde die »Société« auf Anregung von Lecouteux, einer der führenden Persönlichkeiten der französischen Landwirtschaft,⁴⁶ mit dem ausgesprochenen Auftrag als einer vom Staat unabhängigen Organisation gebildet. Diese Unabhängigkeit bewahrte der Verband auch in der Folgezeit. Aufgabenbereich war neben der Interessenvertretung der Landwirtschaft die Verbreitung des technischen Fortschritts. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 600 (1868) auf 4000 (1881) und 11 000 (1893) an. Regionale *sociétés d'agriculture* und *Comités agricoles* hatten sich dem Verband in sehr loser Form angeschlossen. 1890 waren es immerhin 380. Dazu kamen noch 340 *syndicats agricoles* (1890).

Präsidenten dieses mächtigen Verbandes waren Drouyn de Lhuys (1868–78), kein eigentlicher Landwirt, doch als Persönlichkeit mit weitreichenden Beziehungen in der Gründungsperiode für geeignet empfunden,⁴⁷ dann der Großgrundbesitzer Marquis de Dampierre (1878–95), ein ehemaliger konservativer Abgeordneter (1871–76). Eine bedeutende Rolle scheinen die Generalsekretäre – Lecouteux selbst bis 1882, Teissonnière, ein ehemali-

politique agricole de la France de 1880 à 1940, Paris 1950. P. BARRAL, *Les agrariens français de Méline à Pisani*, Paris 1968. E. O. GOLOB, *The Méline Tariff. French Agriculture and Nationalist Economic Policy*, New York 1944.

⁴³ Société nationale d'agriculture de France, *Bulletin des séances*, 1889–1891, *passim*.

⁴⁴ Arch. Société des Agriculteurs de France, *Séances du conseil*, *Procès-verbaux* Bd. 2, 26. 6. 1890.

⁴⁵ Vgl. *L'agriculture pratique* 131 (1967) (numéro spécial).

⁴⁶ 1819–1893, Großgrundbesitzer, seit 1866 Chef des renommierten »Journal d'agriculture pratique«, Professor für Landbauwissenschaft.

⁴⁷ Drouyn war ehemaliger Außenminister Napoleons III. und Botschafter sowie Mitglied des »Institut de France«.

ger *Censeur* der Banque de France, 1882–95 – gespielt zu haben. Betrachtet man die Führungsspitze des Verbandes, erweist sich die Charakterisierung als *Société des ducs et marquis* (Augé-Laribé) als zutreffend.⁴⁸ In dem Zeitraum 1888–91 beispielsweise waren von den etwa 110 Mitgliedern der Führungsspitze 60% Adlige, darunter 2 Ducs, 13 Marquis, 15 Comtes etc. Dieses trifft im Prinzip auch auf die vorangehenden Epochen zu.⁴⁹ Es war die alte ländliche Notabelnschicht, die hier im Gegensatz zur Betriebsstruktur der französischen Landwirtschaft dominierte. Der regionale Schwerpunkt lag daher eindeutig in der agrarkapitalistisch ausgerichteten nördlichen Hälfte Frankreichs, besonders im Pariser Becken und in dem Norden,⁵⁰ während der Süden sehr schwach repräsentiert war. Dem entspricht, daß der Großteil der »Société des Agriculteurs«-Mitglieder weniger selbst aktive Landwirte waren, als vielmehr Großgrundbesitzer, die von der Pacht und Rente lebten.⁵¹

Der Verband war stets recht gut im Parlament vertreten. Allein von den Angehörigen der Führungsspitze (nur diese sind mangels eines Gesamtmitgliederverzeichnisses erfaßbar) waren etwa 27 (= 25%) im Parlament vertreten (Legislaturperiode 1889–93). Daneben gab es sicherlich noch eine Anzahl von Parlamentariern, die als einfache Mitglieder nicht erfaßbar waren und sehr viele Sympathisanten, besonders aus den Reihen der Rechten, die sich als berufener Anwalt der Landwirtschaft fühlte. Von den 27 Parlamentariern kamen wiederum fast die Hälfte aus dem Westen. Sie gehörten sämtlich den Konservativen an.⁵² Insgesamt waren von den 16 Deputierten 15 Konservative, von den 11 Senatoren 5. Somit war die »Société« zu fast 80% durch Konservative im Parlament vertreten; zu ihnen gehörten auch die aktivsten Verteidiger der Verbandsinteressen. Bei dieser – in jeder Periode – eindeutigen Dominanz der Rechten erstaunt es nicht, daß der Verband immer wieder unter politischen Vorzeichen angegriffen wurde (als *Société conservatrice et aristocratique* etc.). Dabei vermied der Verband selbst peinlichst jede Einmischung in parteipolitische Fragen, konnte er doch nur so seinen Anspruch als wahrhaft einzige Vertretung der Landwirtschaft einigermaßen aufrechterhalten. Dadurch, daß der Verband eine offizielle politische Neutralität bewahrte (die allerdings aufgrund seiner Repräsentanten nicht sehr überzeugend war), unterschied er sich grundsätzlich von der »Société nationale

⁴⁸ A.a.O. (wie Anm. 42), S. 133.

⁴⁹ Vgl. *Société des Agriculteurs de France, 1868–1893*, Paris 1894, S. 5 ff.

⁵⁰ Charakteristisch auch die enge Bindung zur Zuckerindustrie (der Präsident des »Comité central des fabricants de sucre« war mit weiteren Zuckerfabrikanten in der Führungsspitze der »Société«).

⁵¹ M. AUGÉ-LARIBÉ (wie Anm. 42), S. 42, S. 75. Siehe auch Y. GUYOT, *La comédie protectionniste*, Paris 1905, S. 54.

⁵² Der Westen mit seiner stark hierarchisch gegliederten Sozialstruktur und dem großen Einfluß der Großgrundbesitzeraristokratie traditionell eine Bastion der Rechten.

d'encouragement à l'agriculture«, die bewußt und offen die republikanische Partei favorisierte.

Zur mächtigen Position der »Société des Agriculteurs« trug nicht unwesentlich die Kontrolle der landwirtschaftlichen Syndikatsbewegung bei. In der vom Sozialkatholizismus stark beeinflussten agrarischen Syndikatsbewegung⁵³ waren von Beginn an *syndicats mixtes* konzipiert worden: Großgrundbesitzer sollten mit Kleinbauern, Pächtern und Landarbeitern im Sinne der »union des classes« vereint sein. In der Praxis waren aber fast keine Landarbeiter in den *syndicats agricoles* zu finden.⁵⁴ Die Initiatoren der Syndikatsgründungen, in starkem Maße vom christlichen Patronagegedanken geleitete Großgrundbesitzer, meist mit ausgeprägt anti-republikanischer Haltung, saßen oft in führenden Positionen der »Société des Agriculteurs«. So befaßte sich der Verband früh mit der Frage der Kontrolle der Syndikatsbewegung. 1886 wurde als Dachverband die »Union des syndicats des Agriculteurs de France« gegründet, die strikt unter der Leitung der »Société des Agriculteurs« stehen sollte. Ziel der Gründung: *Nous avons voulu affirmer la prédominance de la Société des Agriculteurs*.⁵⁵ Gleichzeitig begann eine intensive Propaganda für Neugründungen, die gerade in der damals herrschenden Agrarkrise gute Resonanz fand: boten doch die *syndicats* ökonomische Vorteile. 1886 waren 74 Syndikate in die »Union« eingegliedert, 1888: 234, 1890: 340, 1891: 412. Damit kontrollierte die »Société des Agriculteurs« die Mehrzahl aller *syndicats agricoles*. 1890 waren in den der »Union« unterstehenden Syndikaten rund 340 000 Landwirte organisiert.⁵⁶

Zur Koordinierung und Lenkung der einzelnen Syndikate wurden noch große regionale *Unions des syndicats* gebildet, die unter der Führung bewährter »Société«-Mitglieder zu energischen Verteidigern regionaler Agrarinteressen wurden. Speziell zu Propagandazwecken wurde 1889, besonders im Hinblick auf die Tarifentscheidungen, der »Syndicat économique agricole« gebildet. Präsident war Kergall, der sich zum »Chefpropagandisten« der »Société« entwickelte. In den Personen der Vizepräsidenten, des republikanischen Deputierten Flourens und des konservativen Deputierten de Lorgeril, sollte allein schon die angestrebte *Union Gauche-Droite* demonstriert werden, die angesichts der künftigen Zolldebatten nötig sei.⁵⁷

Das Motiv, unter dem die »Société« immer aktiv wurde, war die *égalité*:

⁵³ Ausführlich dazu E. O. GOLOB (wie Anm. 42), S. 98 ff.

⁵⁴ P. BARRAL (wie Anm. 42), S. 129. Allerdings mangelte es zu jener Zeit noch an eigenen Organisationen der Landarbeiter. Erste Versuche bei den Holzfällern im Nièvre und Weinbergarbeitern des Midi.

⁵⁵ Arch. Société des Agriculteurs de France, Séances du conseil, Procès-verbaux, 8. 4. 1886.

⁵⁶ Gesamtzahl der *Syndicats agricoles* – allerdings ist bei den Zahlen Vorsicht geboten –: 1886: 93, 1888: 461, 1890: 648, 1891: 750; aus: Statistique agricole de la France, Résultats généraux de l'enquête décennale de 1892, Paris 1897, S. 436.

⁵⁷ La Démocratie rurale, 22. 2. 1891.

Gleichheit mit den anderen Bereichen der Wirtschaft, vor allem mit der Industrie. Diese *égalité*-Ideologie dürfte Ausdruck eines gewissen *sentiment d'humiliation* bei den Agrariern angesichts des Zurückbleibens hinter dem immer attraktiveren dynamischen Sektor Industrie sein.⁵⁸ Sie sollte zugleich als verbindende Kraft innerhalb der Landwirtschaft wirken.

Zollpolitisch gesehen, neigte die »Société« zunächst noch zu einer *égalité* im liberalen Sinne. Ihr Präsident Drouyn de Lhuys (bis 1878) sah in einem möglichst niedrigen Zollniveau für landwirtschaftliche und industrielle Produkte das Ideal. Ebenso Generalsekretär Lecouteux noch im Jahre 1879.⁵⁹ Aber noch im selben Jahr trat die Wende ein. Die »Association de l'industrie« hatte Erfolg mit ihren Bemühungen um die Agrarier, mit deren Hilfe sie 1880/81 ein protektionistisches Tarifsysteem durchzubringen hoffte. Sie konnte die Agrarier, die sich nach dem durch bessere Transportmöglichkeiten verschwundenen »Entfernungsschutz« einem zunehmend stärkeren Importdruck gegenübergestellt sahen, davon überzeugen, daß ein umfassendes Schutzzollsystem beiden Seiten Vorteile bringen würde. Seit der Jahresversammlung 1879 wurden nun von der »Société des Agriculteurs« Agrarschutzzölle verlangt, wobei nach dem Bruch der Allianz mit den Industriellen die *égalité*-Forderung unter protektionistischen Vorzeichen noch legitimer wurde. 1881 sprach sich die »Société« zum ersten Mal auch gegen jegliche Handelsverträge aus und verlangte von nun an immer einen autonomen Generaltarif. Dieser würde, da er jede vertragliche Bindung ausschloß und die Möglichkeit zur jederzeitigen Anhebung der Zollsätze wahrte, der Landwirtschaft die nötige Sicherheit geben.

Motiviert wurden die Schutzzollforderungen fast durchweg mit der ungünstigen Preisentwicklung bei Agrarprodukten, für die der Importdruck verantwortlich gemacht wurde. Entscheidenden Einfluß auf die Haltung des Verbandes muß das in der Folge der Agrarkrise eingetretene Sinken der Pacht und des Bodenverkaufwertes in den 80er Jahren gehabt haben, da nun für den in der »Société« dominierenden Typ des Großgrundbesitzers die Krise direkt spürbar wurde.⁶⁰

Die Agitation der »Société« prägte seit den 80er Jahren die Tarifpolitik. Ihre Stellung als führende agrarische *pressure group* war dadurch noch ausgebaut worden, daß das bisher hauptsächlich von der Großgrundbesitzerschicht getragene Schutzzollverlangen auf eine breitere Basis gestellt wurde: in den *syndicats agricoles*, in denen die Landwirte enger und öfter zusammenkamen als je zuvor, fiel unter dem Eindruck der Agrarkrise die protektionistische Propaganda auf fruchtbaren Boden. *Ils* (die Syndikate) *ont certainement con-*

⁵⁸ P. BARRAL, Les mouvements agrariens de l'ère industrielle (jusqu'à la seconde guerre mondiale); in: *Revue historique* 232 (1964), S. 300.

⁵⁹ *Le Journal d'agriculture pratique*, 10. 3. 1881, 2. 1. 1879.

⁶⁰ M. AUGÉ-LARIBÉ (wie Anm. 42), S. 65, E. O. GOLOB (ebd.), S. 72, P. BARRAL (ebd.), S. 71.

*stitué un très bon terrain de culture pour la protection.*⁶¹ Wie die Schutzzollforderungen realisiert werden sollten, wurde den Syndikatsmitgliedern klargemacht: *Vous êtes le nombre, vous formez dans le corps électoral la majorité, vous choisissez vos mandataires.*⁶²

Der zweite große nationale Verband der Landwirtschaft war die »Société nationale d'encouragement à l'agriculture«. Sie war politischen Ursprungs, im Rahmen der Strategie der *République des paysans* entstanden. 1880 auf Anregung Gambettas geschaffen, sollte sie ein Gegengewicht zur halbfeudalen »Société des Agriculteurs« bilden. Die Interessen der Landwirtschaft durften nicht länger von einer *coterie de hobereaux et de grands seigneurs* allein wahrgenommen werden. Von nun an sprach man von einer *Gauche agricole* und einer *Droite agricole*.⁶³ Diese doppelte Vertretung schadete aber nicht der Verteidigung der Agrarinteressen, da sich beide Verbände in Konkurrenz zueinander um die Belange der Landwirtschaft bemühten.

1889 hatte der Verband immerhin rund 5000 Mitglieder, etwa halb so viel wie die »Société des Agriculteurs«, doch fehlte ihm deren mächtiger Unterbau an *syndicats agricoles*. Es gab in diesem Zeitraum erst relativ wenig rein republikanisch geführte Syndikate.⁶⁴ Präsident des Verbandes war zunächst der republikanische Senator Comte Foucher de Careil, der noch bis 1879 in der Führungsspitze der »Société des Agriculteurs« gesessen hatte. Er wirkte weniger als Landwirt denn vielmehr als Diplomat und Verfasser philosophischer Schriften. Erst sein Nachfolger (ab 1890) war Landwirt, der Senator Guichard. Eine Parallele zur Führung der »Société des Agriculteurs« ist unverkennbar.

Die Charakterisierung der »Société nationale d'encouragement« als »Société des anciens et futurs ministres« (Augé-Laribé)⁶⁵ ist insofern zutreffend, als ca. 90% der Mitglieder der Führungsspitze Parlamentarier waren – natürlich ausnahmslos Republikaner. Darunter waren sehr bedeutende Politiker ihrer Zeit, wie Ribot, Loubet, Graux, Casimir-Périer, Mir.⁶⁶ Auch der Generalsekretär de Lagorsse war Deputierter. Im untersuchten Zeitraum 1889–92 waren von den Angehörigen der Führungsspitze (nur diese waren erfaßbar) etwa 32 im Parlament vertreten, je 16 in Kammer und Senat, ein relativ hoher Anteil.

Ursprünglich von Beruf oft Advokaten, Ärzte, Staatsbeamte, Ingenieure, könnte man allgemein die Mitglieder der Führungsspitze als Repräsentanten der neuen Notabelnschicht bezeichnen. Durch ihre Verbandstätigkeit woll-

⁶¹ Aynard in den *Débats parlementaires*, 1891, Bd. 2, S. 51.

⁶² E. DEUSY (wie Anm. 37), S. 13.

⁶³ H. MENDRAS, *Les organisations agricoles et la politique*; in: *Revue française des sciences politiques* 5 (1955), S. 737. Im übrigen geht der Aufsatz nur sehr kurz auf die Zeit vor 1914 ein.

⁶⁴ P. BARRAL (wie Anm. 42), S. 114f.

⁶⁵ A.a.O. (wie Anm. 42), S. 133.

⁶⁶ Zusammengestellt aus: *La Semaine agricole*, 1889–1891, passim.

ten sie ihren Beitrag dazu leisten, die Bauern für die Republik zu gewinnen. Im Einzelfall dürfte das Verbandsengagement als Sprungbrett oder Unterstützung für die eigene politische Karriere gedient haben: hinter der *masse rurale* sah man die zu umwerbende *masse électorale*.

Der regionale Schwerpunkt bei den Mitgliedern der Führungsspitze lag eindeutig im Süden und Centre, während der Norden, Pariser Becken und Westen (Hochburgen der »Société des Agriculteurs«) weit schwächer vertreten waren. Dabei ist zu bemerken, daß der Süden und Centre überwiegend republikanisch orientiert waren. Diese regionale Zusammensetzung der Führungsspitze blieb auch nicht ohne Bedeutung auf die Haltung des Verbandes in Zollfragen (u. a. spezielles Interesse für Weinbau und Seidenraupenzucht).

Eine seiner Hauptaufgaben sah der Verband darin, als Mittler zwischen Regierung und Landwirtschaft zu wirken. Zeitgenossen meinten: *Elle (la Société) a évidemment l'argent et l'oreille du gouvernement*.⁶⁷ Auf den Generalversammlungen bemühten sich immer eine Anzahl Minister (bei der »Société des Agriculteurs« waren nie welche anwesend), darzulegen, welche *encouragements* die Republikaner der Landwirtschaft zukommen ließen. Für den Verband war dieses ein Auftrag: *Nous nous sommes efforcés à seconder les vues du Gouvernement de la République pour le relèvement de notre agriculture et les encouragements à lui apporter*.⁶⁸

Eine solche Einstellung mußte auch die Haltung des Verbandes in der Zolltariffrage prägen. Zwar entwickelte der Verband eigene zollpolitische Konzeptionen, die in steigendem Maße protektionistischer wurden (anfänglich gab es noch gegenteilige Stimmen aus der Führungsspitze),⁶⁹ doch waren diese meist so bemessen, daß sie einer breiten Mehrheit diskutabel erschienen. War die »Société des Agriculteurs« mit ihren hartnäckigen, maßlosen, immer höher geschraubten Forderungen der Motor der Agrarschutzzollbewegung, so kann dieses von der »Société nationale d'encouragement« kaum gesagt werden. Ihre spezifische Bindung an Regierung und republikanische Parlamentskreise bestimmte ihre Rolle als *pressure group*. Die Einflußmöglichkeiten der Politiker in der Verbandsspitze auf ihre Kollegen in Regierung und Parlament waren nicht zu unterschätzen; hier lag die Stärke des Verbandes (die »Société des Agriculteurs« hatte keinen direkten »Draht« zur Regierung). Andererseits beschränkten jedoch Rolle und Auftrag des Verbandes (*seconder les vues du Gouvernement . . .*) in Fällen, in denen keine Interessengleichheit mit Regierung und republikanischer Parlamentsmehrheit erreicht werden konnte, den Aktionsradius erheblich.

⁶⁷ Journal d'agriculture pratique (1891), S. 578f.

⁶⁸ Verbandspräsident Guichard; in: La Semaine agricole, 1. 2. 1891.

⁶⁹ Einige führende Mitglieder waren beispielsweise 1884/85 in der erwähnten »Ligue nationale contre le renchérissement du pain et de la viande« aktiv.

Zwei große unabhängige Verbände vertraten spezielle landwirtschaftliche Interessen des Südens; beide wurden 1887–88 nicht zuletzt im Hinblick auf die kommende Tarifrevision gebildet. Die Vertreter des Weinbaus, der in Frankreich eine bedeutende Rolle spielte, waren lange Zeit mit der liberalen Handelspolitik zufrieden, noch bis in die ersten 80er Jahre, als bereits die Phylloxera ihre verheerende Wirkung zeigte und der zur Deckung des Bedarfs stark ansteigende Import eingesetzt hatte.⁷⁰

Die Gründung des »Syndicat des viticulteurs de France« Anfang 1888 markierte dann den endgültigen Umschwung zum Protektionismus – zumindest in dem der Produktionsmenge nach dominierenden Midi-Weinbau. Hier lag der Schwerpunkt des Verbandes, der 1890 immerhin rund 3000 Mitglieder hatte.⁷¹ Verbandspräsident war Leroy-Beaulieu, der als Kandidat für die Wahl von 1889 im Weinbau-Departement Hérault seine sonst freihändlerische Überzeugung opferte – ein in Frankreich nicht seltenes Phänomen.⁷² Die regionalen Unterschiede im Weinbau hatten Rückwirkungen auf die zollpolitischen Positionen der jeweiligen Interessenvertretungen. Nachdem die Wiederherstellung der Rebfläche gegen Ende der 80er Jahre im Blick auf die Zukunft gesichert schien, wollten die Midi-Winzer mit ihren Massenerzeugnissen vor allem die preisdrückende Konkurrenz der billigen Importweine (aus Spanien vor allem) und des künstlichen (Rosinen-)Weins durch protektionistische Maßnahmen ausgeschaltet wissen. Die Vertretungen des stark exportorientierten Qualitätsweinbaus der Saône-et-Loire, Côte d'Or und von Teilen der Gironde setzten sich dagegen weiterhin für eine liberalere Handelspolitik aus Sorge um ihre Exportmärkte ein.

Die Seidenraupenzucht und die mit ihr eng zusammenhängende Seidenspinnerei waren auf vier Departements des Südens (Gard, Ardèche, Drôme, Vaucluse) konzentriert. Ihre Interessen vertrat der Ende 1887 gegründete »Syndicat général des sériciculteurs de France«.⁷³ Sein ausschließliches Ziel war, bei den kommenden Tarifdebatten Schutzzölle zur Anhebung des Preisniveaus durchzusetzen. Dem Auftrag des Verbandes entsprechend lag die Führung in den Händen einflußreicher Parlamentarier. Präsident war Senator Bérenger, seine Stellvertreter die Deputierten Fougeirol und Jamais. Obwohl sie alle Republikaner waren, erfolgte keine parteipolitische Festlegung. Dementsprechend ließ sich eine Mitarbeit konservativer Parlamentarier der Region feststellen. Da in mehreren Departements des Südens Weinbau und Seidezucht gleichermaßen eine starke Position besaßen, ergab sich eine Solidarität der betreffenden Parlamentarier in entsprechenden Tariffragen.

⁷⁰ Dazu vor allem M. AUGÉ-LARIBÉ (wie Anm. 42), S. 180 und Ch. K. WARNER, *The Winegrowers of France and the Government since 1875*, New York 1960.

⁷¹ *Annuaire des syndicats agricoles et de l'agriculture française*, 1890, S. 999f.

⁷² Dies zeigte sich gerade bei der Wahlkampagne von 1888/89 öfters. Auf die Bedeutung der Region für den Kandidaten wird noch eingegangen.

⁷³ *Annuaire* (wie Anm. 71), S. 1001f.

IV

Interessengruppen und Parlament

Nach 1870/71 wurde mit der unter Napoleon III. begonnenen liberalen Handelspolitik zunächst nicht gebrochen, die Bemühungen des engagierten Protektionisten Thiers hatten keinen Erfolg.⁷⁴ Die Interessenvertretungen der Landwirtschaft hielten sich noch zurück: wenn auch das Zollniveau relativ gering war, war die französische Landwirtschaft noch durch die Entfernung geschützt und in einer *trompeuse sécurité* (Méline) eingeschlafen. Auch die in den Krisenjahren 1867–69 ausgedehnte Agitation protektionistischer Industrieverbände gegen das liberale Handelsvertragssystem war unter der Wirkung der nach 1871 verbesserten Konjunktur abgeklungen.

Dies änderte sich entscheidend, als ab Mitte der 70er Jahre die wirtschaftliche Depression auch in Frankreich immer fühlbarer wurde. Der Ruf nach staatlichen Hilfsmaßnahmen – vor allem im Bereich der Zollpolitik – wurde immer lauter. Mit Blick auf die kommende Tarifreform (die meisten Handelsverträge liefen 1877/78 aus) wurden neue Verbände zur Durchsetzung protektionistischer Forderungen gebildet, andere – bereits bestehende – wurden wieder in verstärktem Maße aktiv. Im Gegenzug entstanden Gruppierungen, die gegen die Schutzzollbestrebungen kämpften.

Wie konnten die Interessenverbände ihre zollpolitischen Vorstellungen verwirklichen? Im Gegensatz zum Zweiten Kaiserreich entschied in der Dritten Republik allein das Parlament über die Zoll- und Handelspolitik. Administration und Regierung arbeiteten Vorlagen aus, doch war ein Charakteristikum des nach 1879 durchgesetzten *gouvernement d'assemblée*, daß die Rapports und Vorschläge der parlamentarischen Kommissionen ein bald noch größeres Gewicht besaßen. Zu berücksichtigen ist auch, daß eine langfristige, speziell auf eine Regierung ausgerichtete Agitation wegen des schnellen Wechsels der Kabinette – auch der Ressorts Handel und Landwirtschaft – kaum möglich war. Prinzipiell mußten die Interessenverbände also die Einflußnahme auf die Parlamentarier selbst konzentrieren, welche die letzte Entscheidungsbefugnis hatten.

Von hier aus ist auch die starke Ausrichtung aller Interessenverbände auf das Parlament zu verstehen, die sich schon in der Zusammensetzung der Verbandsspitzen zeigte. Parlamentarier und ehemalige Parlamentarier überwoogen und besaßen die Schlüsselpositionen. Es gab keine Tendenzen bei den Verbänden, etwa die Stellung der Parteien in Frage zu stellen, sie ausmanövrieren zu wollen, eigene »Wirtschafts«-Parteien zu bilden oder die Entscheidung über Wirtschaftsfragen dem Parlament zu entziehen. Im Gegenteil, man

⁷⁴ Die gekündigten Handelsverträge wurden später wieder verlängert und die mit fiskalischen Argumenten durchgesetzte Rohstoffverzollung wieder aufgehoben.

arrangierte sich im Rahmen des parlamentarischen Systems und arbeitete beispielsweise aktiv in den *groupes* mit, in denen die Belange von Landwirtschaft und Industrie – oft über parteipolitische Gegensätze hinweg verteidigt wurden.

Die offene und bewußte Anlehnung eines Verbandes an eine Partei war die Ausnahme (»Société nationale d'encouragement à l'agriculture«; selbst die »Société des Agriculteurs« wollte offen nach allen Richtungen sein, wenn auch die Verbindungen zur Rechten offenkundig waren). Die überaus lockere Parteistruktur und die mangelnde Fraktionsdisziplin verwiesen die Verbände immer wieder auf die einzelnen Parlamentarier, wobei gerade die Gewinnung markanter Persönlichkeiten, die in diesem System große Einflußmöglichkeiten besaßen, wichtig war.

Es kam hinzu, daß die für Frankreich typische enge Bindung des Parlamentariers an seinen Wahlkreis, sein Streben, dem Wählerwillen zu gehorchen (was über die »normalen« Folgen des Mehrheitswahlsystems mit Stichwahl hinausging), von allen Verbänden die direkt auf der Ebene der Wahlkreise agitierten, ausgenutzt werden konnte. Um die Parlamentarier zu gewinnen, erschien es den Verbänden am erfolgversprechendsten, Druck auf diese über den angeblichen Wählerwillen in dem jeweiligen Wahlbezirk auszuüben. Deswegen war die *action permanente sur l'opinion publique* wichtigster Teil der Agitation. Denn: *Nous vivons à une époque où l'opinion décide de tout. C'est elle qu'il faut d'abord convertir parce que c'est elle qui a le dernier le mot.*⁷⁵ Die Verbände setzten alles daran, die Parlamentarier (oder die Kandidaten) davon zu überzeugen, daß in deren Wahlbezirk ein für die Verbandsziele günstiger *courant d'opinion* herrschte. Die Parlamentarier, von denen der Großteil (vor allem die Deputierten) in der damaligen Zeit den *professions libérales* angehörte,⁷⁶ selbst also in der Zollproblematik weniger engagiert war, sahen sich nun gezwungen, in ihrem Bestreben, dem vermeintlichen Wählerwillen zu gehorchen, die Verbandsziele zu berücksichtigen.

Gerade die protektionistischen Verbände – die ja eine Veränderung des Bestehenden erreichen wollten – erkannten die Bedeutung der Wahlen vor entscheidenden Tarifreformen. Besonders im Blick auf die Wahl von 1889 wurde eine intensive Kampagne zur Gewinnung der Kandidaten geführt. Denn es war diese Kammer, die über die fällige Tarifreform entscheiden mußte. Die Allianz der »Association de l'industrie« und der »Société des Agriculteurs« führte mit einem hohen Geldeinsatz⁷⁷ eine ausgedehnte *action permanente sur l'opinion*, um den Kandidaten eindeutige »Beweise« dafür zu liefern, daß ihre Wahlkreise protektionistisch orientiert seien. Daneben wurden noch an-

⁷⁵ J. MÉLINE; in: Association de l'Industrie . . . (wie Anm. 7), Paris 1888, S. 61 ff.

⁷⁶ J. Domergue, La Révolution économique, Paris 1890, S. 249.

⁷⁷ Vgl. unten, S. 621.

dere Mittel eingesetzt: in den Wahlkomitees, die die Kandidaten aufstellten und unterstützten, wurde von den Vertretern der Allianzpartner entsprechender Druck ausgeübt. In einigen Wahlkreisen soll es auch zu Absprachen gekommen sein, in denen konservative Protektionisten mit republikanischen Kandidaten die Abmachung geschlossen haben: *Votez les droits que nous vous demanderons et nous ne vous combattons pas!*⁷⁸ Außerdem verlangten die Verbände von den Kandidaten öffentliche oder schriftliche Zusagen, die dann eine Art »Rückversicherung« für spätere Zollabstimmungen sein sollten. Vor allem die im ganzen Land verbreiteten *syndicats agricoles* übernahmen die direkte Verpflichtung der Kandidaten auf das protektionistische Programm. Die sonstige politische Haltung der Kandidaten sollte dabei keine Rolle spielen: *Je ne m'occupe pas de votre opinion politique. Si vous êtes protectionniste, je vote vous. Si, au contraire, vous êtes libre-échangiste, je ne vote pas pour vous!*⁷⁹ Die »Société des Agriculteurs« verschickte an alle Syndikate *programmes des revendications agricoles*, die diese von den Kandidaten unterschreiben lassen sollten. Namen von Kandidaten, die nicht unterschrieben, wurden manchmal auf Plakaten öffentlich angeprangert.⁸⁰

Auf freihändlerischer Seite fehlte fast völlig eine konsequente Gegenagitation. Nur in Marseille und Bordeaux wurden Kandidaten-Verpflichtungen ansatzweise versucht. *Pendant ce temps, les libre-échangistes désorientés ou trop confiants dans l'excellence de leur cause . . . se contentaient de gémir et de lever au ciel leurs mains innocentes.*⁸¹

Die Wahl zur Kammer am 22. 9./6. 10. 1889 war so ein großer Erfolg für die Protektionisten. Der Großteil der gewählten Deputierten hatte sich eindeutig zu dem protektionistischen Programm bekannt und unterstrich dieses noch durch die Einschreibung in die schutzzöllnerisch orientierten *groupes parlementaires*.

Die Zollfragen hatten tatsächlich auf den parteipolitischen Ausgang der Wahl fast keinen Einfluß gehabt, denn hier waren in der Regel allgemein politische Fragen (*ferveur boulangiste!*) entscheidend gewesen. Vor allem hatte sich an den zollpolitischen Ansichten nicht der Gegensatz zwischen Rechter und Linker entzündet. Alle Kandidaten hatten in ihren Wahlbezirken unter dem Druck der protektionistischen Agitation meist dieselbe Haltung in der Zollfrage gezeigt.⁸² Entscheidend für die Einstellung als Protektionist oder Freihändler waren im allgemeinen nur die *opinions professionnelles* in dem jeweiligen Wahlbezirk. Wer in stark agrarischen Regionen und Zentren

⁷⁸ Y. GUYOT (wie Anm. 51), S. 47.

⁷⁹ *Moniteur des syndicats agricoles*, 29. 9. 1889.

⁸⁰ Ebd., 27. 10. und 1. 12. 1889 (rückblickend).

⁸¹ Rückblickend: *Le Monde économique*, 3. 1. 1891.

⁸² *Chronique électorale*; in: *Le Temps, Le Journal des Débats, La République française*, jeweils August-Oktober 1889.

schutzzöllnerischer Industrien oder im weinbautreibenden Midi gewählt wurde, war Protektionist, wer in Hochburgen freihändlerischer Wirtschaftszweige (Marseille, Lyon, Paris, Le Havre etc.) gewählt wurde, war Anti-Protektionist. Es dominierte also eindeutig die Region, die Parteizugehörigkeit war sekundär; die Trennlinie ging quer durch alle Parteigruppierungen, selbst bei den Sozialisten.⁸³

Wenn in der neuen Kammer der Zusammenschluß großagrarischer und industrieller Interessenvertreter dauerhafter als jemals zuvor gelang, so ist dies vor allem dem Wirken Jules Mélines zuzuschreiben. Immer wieder hatten einzelne Verbände versucht, Rückendeckung und Unterstützung in anderen Wirtschaftszweigen zu finden. In Frankreich war es vor allem die »Association de l'Industrie«, die sich immer wieder um die Agrarier bemühte, um die *masse rurale*. Schon 1878/79 sollen Industrievertreter aufs Land gegangen sein und für 0,25 F Unterschriften von Landwirten unter protektionistische Petitionen gekauft haben.⁸⁴ Der »Association« gelang es auch zweimal, den mächtigsten Agrarverband zu einer formellen Allianz zu gewinnen, aus der 1879 das erste schutzzöllnerische Bündnis mit der »Société des Agriculteurs« hervorgegangen war. Eine Parallele zu Deutschland wird deutlich. Allerdings scheiterte in der Praxis in Frankreich diese Allianz. Die Industrieschutzzöllner widersetzten sich in den Parlamentsberatungen von 1880/81 dem Wunsch der »Société« nach völliger *égalité* in der Tarifffrage und plädierten für Zollfreiheit bei agrarischen Rohstoffen für die Industrie; sie traten auch nicht für die vorher abgesprochenen Getreidezölle ein (Furcht der damals hochbrisanten *pain cher*-Frage). Die Agrarier ihrerseits lehnten nun die von der »Association« geforderten Zölle auf Landmaschinen ab. Da es dem freihändlerischen Handelsminister Tirard geschickt gelang, diesen Gegensatz auszunutzen, blieben beide Seiten in der Tarifreform von 1881 ohne den erhofften Erfolg, wenn auch die Industrie noch den relativ besseren Zollschatz erreichen konnte.

Schon recht bald nach dem Bruch der Allianz versuchte die »Association« eine erneute Annäherung an die »Société« zu erreichen. Um das Vertrauen der Agrarier wiederzugewinnen, unterstützte die »Association« seit 1883/84 die im Zeichen der *crise agricole* immer stärker werdenden Agrarzollforderungen. 1885 und 1887 wurden jeweils mit Hilfe der »Association«-Repräsentanten im Parlament die Zollerhöhungen auf Getreide, Vieh und Fleisch durchgesetzt. Das offizielle zweite Bündnis mit der »Société des Agriculteurs« wurde 1887/88 geschlossen. Dabei war der Blick auf die Wahlen von 1889 gerichtet: um eine schutzzöllnerische Mehrheit zu erreichen, bedurfte

⁸³ Basly (Pas-de-Calais) war Protektionist, ebenso Ferroul (Aude), Millerand (Seine) Freihändler.

⁸⁴ M. AUGÉ-LARIBÉ (wie Anm. 42), S. 69, S. 233.

es der Hilfe des großen Agrarverbandes mit seinen dank der Syndikatsbewegung erheblichen Einflußmöglichkeiten auf die Agrarbevölkerung.⁸⁵ *Sans vous, nous ne sommes rien, avec vous nous pouvons être tout!* (Association-Chef Aclocque)⁸⁶ Zur Schlüsselfigur der neuen Allianz wurde Méline (*l'homme qui personnifie en France l'union et la solidarité de l'industrie et de l'agriculture*)⁸⁷. Méline, in den 80er Jahren einer der Hauptbefürworter eines neuen Zusammengehens der beiden Verbände, wurde gleichsam als »Eckstein« des Bündnisses von beiden Seiten anerkannt: von der industriellen Seite kam er her, die »Association« konnte darauf hoffen, daß er weite agrarische Kreise für ihre Belange gewinnen und daß er nur solche Agrarschutzzölle unterstützen würde, die nicht die Interessen der Industrie direkt gefährdeten.⁸⁸ Die »Société des Agriculteurs« schenkte ihm ihr Vertrauen, weil er immerhin der erste Minister war, der für Agrarschutzzölle eingetreten war (1884–85) und auch als Deputierter danach für sie gekämpft hatte. Sie erwartete zudem, daß durch ihn – eine renommierte politische Persönlichkeit (ab 1888 Kammerpräsident) – noch unentschlossene Republikaner gewonnen werden könnten.

Heikle Fragen, wie die Rohstoffverzollung (die »Association« hatte lediglich, um die Allianz zu erhalten, ihre prinzipielle Zustimmung gegeben) wurden vorerst ausgeklammert, um sich ganz auf das vorrangige Ziel, die Gewinnung der Kandidaten bei der Wahl von 1889 zu konzentrieren. Zu diesem Zweck wurde ein gemeinsames Pressebüro eingerichtet, für das die »Société« pro Jahr 10 000 F und die »Association« zumindest ebenso hohe Beträge einzahlten.⁸⁹

Nachdem die Wahlen für die Allianzpartner erfolgreich waren, mußte im Interesse der Erhaltung des Bündnisses die Rohstofffrage gelöst werden. Die »Association« arbeitete eine Formel aus, in der die Rohstoffzölle im gegebenen Fall akzeptiert würden, jedoch keine Verpflichtung eingegangen wurde, dafür auch zu kämpfen. Die »Société« hatte so keinen Vorwand, die Allianz wie 1880 für erledigt zu erklären. Dabei war die »Société« wiederum überverteilt worden, denn daß das Parlament nicht für diese Zölle stimmen würde, dafür sorgte Méline. Die Gefährdung so wichtiger – vor allem exportstarker – Industrien würde zu einer unübersehbaren anti-schutzzöllnerischen Reaktion führen und schließlich das ganze geplante Tarifwerk in Frage stellen. Méline: *N'exagérons rien, ne dépassons pas la mesure . . . cherchons à*

⁸⁵ Das erklärt auch, warum die »Association« nicht die »Société nationale d'encouragement«, der ein solcher Unterbau fehlte, zum Allianzpartner wählte.

⁸⁶ Société des Agriculteurs, Comptes-rendus des travaux, 1888, S. 255.

⁸⁷ Marc de Haut (Société des Agriculteurs); in: *Le Travail national*, 12./19. 2. 1888.

⁸⁸ Z. B. Rohstoffzölle, die Méline immer strikt ablehnte.

⁸⁹ Archives de la Société des Agriculteurs, Séances du conseil, Procès-verbaux, Bd. 2, 26. 4. 1888.

*concilier le plus possible les intérêts en présence.*⁹⁰ Méline lag damit vollkommen auf der Linie der Parlamentsmehrheit, der *majorité protectionniste*, zumal er der Landwirtschaft als Entschädigung für die geopferten Rohstoffzölle großzügige Kompensationen in Form von höherem Zollschatz auf anderen Agrarprodukten und vielfältigen Prämien zukommen lassen wollte und dieses auch in Kommissionen und Plenum durchzusetzen verstand.

Es ist bezeichnend für die damalige Situation, daß eine Persönlichkeit wie Méline so einflußreich, ja fast unantastbar werden konnte, daß sich ihr selbst ein Verband wie die »Société des Agriculteurs« beugte⁹¹ und nicht mit der »Association« brach, obwohl weite Teile ihres ursprünglichen Programms nicht erfüllt worden waren. Das Bündnis »Association« – »Société« wurde auch nach dieser Zerreißprobe wieder bekräftigt, die Finanzmittel für den gemeinsamen Pressefonds weitergezahlt.

Da die Allianz für die Industriellen große Vorteile gebracht hatte (*grâce à ce renfort les industriels on fait voter leurs tarifs*),⁹² erstaunt es nicht, daß Méline dieses Bündnis institutionalisierte, wobei der Kern die »Association« bleiben sollte. 1893 wurde unter seiner Präsidentschaft die »Association de l'Industrie et de l'Agriculture« gebildet.

Angesichts dieser Vorgänge und des bereits erwähnten verfassungspolitischen Prinzips des *gouvernement d'Assemblée* verwundert es, daß sich die jeweiligen Regierungen in der Tarifpolitik stets zurückzuhalten versuchten. Überwiegend tendierten die Kabinette zu einer maßvolleren Haltung, denn unter nahezu allen Ministerpräsidenten war das Handelsministerium mit Freihändlern besetzt, die darum oft genug in die Schußlinie protektionistischer Verbände gerieten. Erst 1890, nach den Wahlen, gelang es den schutzzöllnerischen Interessenvertretern im Parlament, im Zeichen der *solidarité protectionniste* den freihändlerischen Regierungschef und Handelsminister Tirard über eine relativ unbedeutende Frage zu Fall zu bringen.⁹³ Es sollte so eine erfolgreiche Durchsetzung der Tarifwünsche gewährleistet werden, nachdem zuvor durch die Besetzung der Schlüsselpositionen in den parlamentarischen Ausschüssen und *groupes* die gesetzgebungstechnischen Voraussetzungen geschaffen worden waren. Aber selbst die Regierung de Freycinets, die die Amtsgeschäfte nun übernahm, suchte Distanz zu den Interessenverbänden zu halten, paßte sich aber dem schutzzöllnerischen Trend an.

Die Regierungen hatten sich immer bemüht, die Gesamtinteressen des Lan-

⁹⁰ La Semaine agricole, 16. 2. 1890.

⁹¹ Allerdings war die »Société« intern über die Rohstofffrage zerstritten. Der gemäßigte Flügel unter Lesconteux war mit der Lösung Mélines einverstanden, der radikale unter Kergall griff Méline dagegen vereinzelt an.

⁹² Journal d'agriculture pratique, 26. 3. 1891.

⁹³ Vgl. Annales du Sénat, Débats parlementaires, 1890, Bd. 1, S. 323.

des zu verteidigen und insbesondere auch die außenpolitischen Aspekte im Auge zu behalten. Dies gelang ihnen in vielen Fällen, nicht zuletzt dank der einflußreichen fachlichen Autorität ihrer Vertreter. Gerade wenn die Belange des Wahlkreises oder persönliche Interessen nicht direkt betroffen waren, zeigten sich oft Verbandsvertreter im Parlament anderen Gesichtspunkten gegenüber aufgeschlossen. In allen Zolldebatten offenbarte sich immer wieder dieser Mangel an Verbandsdisziplin, der sich aus dem politischen Charakter des damaligen französischen Parlamentariers erklären läßt, da er sich letztlich nur den Interessen seines Wahlkreises verpflichtet fühlte. Hier werden darum die Grenzen des Verbandseinflusses im Parlament ebenso deutlich wie seine offenbaren Erfolge.